

**Handelsverband Österreich
Austrian Retail Association**Alser Straße 45
1080 Wien
office@handelsverband.atIng. Mag. Rainer Will
T +43 (1) 406 22 36 75
E rainer.will@handelsverband.at

Offener Brief

an die österreichische Bundesregierungz.H. Hr. Bundeskanzler Karl Nehammer, MSc
z.H. Hr. Vizekanzler Mag. Werner Kogler
z.H. Hr. Bundesminister Mag. Johannes Rauch
z.H. Hr. Bundesminister Mag. Norbert Totschnig, MSc
z.H. Hr. Bundesminister Prof. Dr. Martin Kocher

Wien, 16. Mai 2023

Betritt: Gemeinsamer Appell des Lebensmitteleinzelhandels an die Bundesregierung ad Teuerung

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Nehammer, MSc, sehr geehrter Herr Vizekanzler Mag. Kogler,
sehr geehrte Mitglieder der österreichischen Bundesregierung,

in Österreich wird aktuell intensiv über die **Entwicklung der Lebensmittelpreise** diskutiert. Zuletzt ist dabei – unfairerweise und **entgegen allen Fakten** – der **Lebensmitteleinzelhandel (LEH) ins Visier der Bundesregierung geraten**. Mit großer Verwunderung und Irritation haben wir etwa den letzten Auftritt der Klubchefin der Grünen in der ORF-Pressestunde wahrgenommen, bei dem der Lebensmitteleinzelhandel de facto als alleiniger Verursacher der Teuerung hingestellt wurde.

Derart rufschädigende und irreführende Kommentare können wir nicht länger hinnehmen. Wir weisen darauf hin, dass die Gewinnspanne eines Handelsunternehmens nicht bloß die Differenz zwischen Verkaufspreis und Einkaufspreis ist. Von dieser Differenz sind viele weitere Kosten abzuziehen, die in den letzten 12 Monaten massiv gestiegen sind, u.a. für Energie, Mieten, Betriebskosten, Logistik, Verpackung und Personal. Die tatsächliche Rentabilität im Lebensmittelhandel liegt bei durchschnittlich 0,5% bis 2% des Umsatzes. Bei globalen Nahrungsmittelproduzenten ist die Rentabilität hingegen 10mal so hoch. Viele multinationale Nahrungsmittelkonzerne durften sich zuletzt über kräftige Gewinnsteigerungen freuen, wohingegen die Umsätze im heimischen Lebensmitteleinzelhandel 2022 inflationsbereinigt um 3,2% zurückgegangen sind. Auch im ersten Quartal 2023 musste der LEH einen Umsatzrückgang von 1,1% verkraften.

Das Narrativ, wonach der Lebensmitteleinzelhandel der große Profiteur der hohen Inflation sei, stimmt nicht. Dafür reicht ein Blick in die Bilanzen unserer Unternehmen. Bei allen Lebensmittelhandelsketten sind die operativen Ergebnisse zuletzt deutlich zurückgegangen. Im österreichischen LEH herrscht ein harter Wettbewerb, der nicht zuletzt stark über den Preis geführt wird. Dieser Wettbewerb garantiert, dass die Verbraucher die bestmöglichen Preise vorfinden. Das zeigt sich auch daran, dass die Teuerung bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken in Österreich mit 14,5% (HVPI, März 2022 bis März 2023) deutlich niedriger liegt als im EU-Durchschnitt (19,2%). Es kann also keine Rede davon sein, dass sich der Lebensmitteleinzelhandel ein "Körpergeld" an der hohen Inflation verdient.

Die traditionell höheren Lebensmittelpreise in Österreich im Vergleich mit unserem großen Nachbarn Deutschland haben strukturelle Ursachen, das ist wissenschaftlich belegt. Wir haben etwa im direkten Vergleich mit Deutschland eine wesentlich höhere Filialdichte (50% mehr Filialen pro 100.000 Einwohner) und somit höhere Durchschnittskosten, teurere Verkehrswege aufgrund unserer Topografie (Alpen), ein kompliziertes, starres Überstunden-Zuschlagssystem, höhere Personalkosten (13. und 14. Gehalt), eine höhere Kollektivvertragsdurchdringung, sowie generell höhere Steuern und Abgaben. Hinzu kommt, dass der österreichische Markt viel kleiner ist. Deutschland hat 10mal mehr Einwohner und damit natürlich auch Kostenvorteile aufgrund höherer Abnahmen. Wer als Händler seine Produkte günstiger beziehen kann, der kann diese auch billiger verkaufen. Und wer weniger Steuern zahlt, kann im Gegenzug niedrigere Preise verlangen.

Bei den meisten Preisvergleichen werden überdies keine Rabatt-Aktionen berücksichtigt. Das ist insofern unseriös, als der Anteil an Rabattaktionen über Kundenkarten im österreichischen Lebensmitteleinzelhandel mit 32% weit höher ist als in Deutschland mit unter 20%. Preisvergleiche sind gut und wichtig, sie sollten nur fair sein und **nicht Äpfel mit Birnen vergleichen**. Sinnvoll wäre ein Gesamtwarenkorb unter Einrechnung aller Rabatte – dann würde sich zeigen, dass die Preisunterschiede deutlich geringer sind. Überdies stellt sich die Frage, warum Österreich nur mit **Deutschland**, aber nicht mit dem Nachbarland **Schweiz** verglichen wird, wo sowohl die Marktkonzentration als auch die Lebensmittelpreise deutlich höher sind als in Österreich.

Umso mehr stört uns die Vorgangsweise der Bundesregierung, so zu tun, als hätte sich der Lebensmittelhandel bereichert, während die gesamte **restliche Wertschöpfungskette völlig außer Acht gelassen** wird. Denn trotz der zuletzt gesunkenen Produktionskosten haben die (globalen) Lebensmittelproduzenten ihre Preise vielfach noch nicht bzw. nicht signifikant gesenkt, vielfach sogar erneut erhöht. Dessen ungeachtet hat der Lebensmitteleinzelhandel im Sinne der Endverbraucher:innen zahlreiche Preise schon deutlich reduziert – ein wichtiges Zeichen für funktionierenden Wettbewerb. **Wenn Sie als Regierungsvertreter:innen nun darauf drängen, dass sich unsere Lebensmittelpreise Richtung deutschem Niveau bewegen sollen, dann muss diese Forderung auch zu Ende gedacht werden.** Wir Händler bekennen uns zu den österreichischen Bauern und wollen vermeiden, künftig verstärkt Fleisch und Gemüse aus dem Ausland zu importieren, nur weil dort die Produktionskosten günstiger sind. Wir wollen Qualitätsprodukte „Made in Austria“ anbieten, und das zu einem fairen Preis.

Abschließend möchten wir erneut unterstreichen, dass bei der aktuellen **Preisdiskussion Ursache und Wirkung unterschieden** werden muss. Ursache sind ganz klar die massiv gestiegenen Energiekosten, zum Teil deutlich höhere Personal-, Finanzierungs-, Logistik- und Rohstoffpreise sowie alle indexbasierten Kosten wie Mieten, die in 2023 erstmals voll durchschlagen. Gerade bei Grundnahrungsmitteln geht die Unterstellung einer **"Gierflation"** des Lebensmitteleinzelhandels, wie sie immer wieder in den Raum gestellt wird, völlig ins Leere und **entbehrt jeglicher Faktenbasis**. Um die Teuerung in den Griff zu bekommen, muss endlich bei der Wurzel angesetzt werden: Wesentliche Kosten- und damit Preistreiber für Haushalte und Händler bleiben die Energieversorger, welche die günstigen Börsenpreise für Energie nicht weitergeben und vielfach durch Jahresbindungen die Teuerung einzementieren wollen. Gleichzeitig schütten sie die höchsten Dividenden ihrer Unternehmensgeschichte aus. Durch die EZB-Zinserhöhungen haben Banken die Tilgungsraten für Kredite in schwindelerregende Höhen geschraubt.

Es ist auch zu eindimensional, in der politischen Diskussion nur auf das letzte Glied vor den Konsument:innen zu schielen und **globale börsennotierte Nahrungsmittelkonzerne**, Molkereien und Bündelbetriebe aus der landwirtschaftlichen Produktion als wichtige Vorstufen der Lebensmittelwertschöpfungskette in der Analyse einfach außen vor zu lassen. Richtigerweise wird dies zumindest bei der aktuellen Sektor-Analyse durch die Bundeswettbewerbsbehörde in den Blick genommen. Wenn Sie als Bundesregierung in puncto Teuerung tatsächlich etwas für die Menschen im Land spürbar verbessern wollen, dann besteht vor allem bei den **Inputfaktoren**, welche die Preissteigerungen beeinflussen, unmittelbarer Handlungsbedarf – der von uns seit Monaten aufgezeigt wird.

Uns Händlern, den Nahversorgern der Bevölkerung, geht es gleich wie den Haushalten im Land. Die Kostenlawine überrollt uns und wirksame Lösungen gegen die Verursacher wurden nicht gesetzt. Stattdessen wird Ursache mit Wirkung vertauscht. **Keine einzige Studie zeigt, dass sich der Handel an der Inflation ein Zubrot verdient, vielmehr ist das Gegenteil der Fall.** Die Preiserhöhungen im Handel sind ausschließlich kostengetrieben. Ein wichtiger Hebel, um die Preise mittelfristig zu senken, wäre daher ein treffsicherer Energiekostenzuschuss (EKZ), von dem nicht nur die Industrie profitiert. Die hohen Energiepreise haben nämlich dazu geführt, dass heimische Nahversorger pro Standort für Kühlung und Betrieb im Schnitt statt 40.000 Euro nun an die 200.000 Euro zahlen müssen.

Aufgrund der Tatsache, dass die heimischen Handelsbetriebe – darunter **1.600 selbstständige Kaufleute** – bisher komplett auf ihren massiv gestiegenen Energiekosten sitzenbleiben (da der EKZ 1 de facto ein reiner Industriekostenzuschuss war), wird es ohne rasche Hilfe bis Jahresende in bis zu 1.000 österreichischen Orten keinen Nahversorger mehr geben. In Gemeinden wie Lassing, Kirchdorf oder Ried/Riedmark, uvm. ist das leider bereits Realität. Hier sind Sie als Bundesregierung gefordert, mit dem versprochenen **EKZ 2** gegenzusteuern. **Darüber hinaus appellieren wir an Sie, dringend Reformen im Bereich Arbeitsmarkt umzusetzen**, damit der krisenfeste Versorger und Jobmotor Handel seiner Rolle weiterhin in allen Regionen Österreichs gerecht werden kann. Der Handlungsbedarf ist überfällig.

Mit besten Grüßen,



Hans Reichs

Stv. Vorstandsvorsitzender
SPAR Österreichische
Warenhandels-AG



Marcel Haraszti

Vorstand
REWE International AG



Horst Leitner

Generaldirektor
HOFER KG



Alessandro Wolf

Vorsitzender der
Geschäftsleitung
LIDL Österreich GmbH



David Mölk

Geschäftsführer MPREIS
Warenvertriebs GmbH



Andreas Haider

Geschäftsführer
Unimarkt Handels GmbH



Mareike Nossol

Geschäftsführerin
denree Naturkost GmbH



Stephan Mayer-Heinisch

Präsident
Handelsverband



Rainer Will

Geschäftsführer
Handelsverband



1.600
selbstständige
Kaufleute